

Ypsilanti:
BRD ist eine
„schläfrige Demokratie“

Seite -3-

Nein zum Krieg!
Kein Soldat mehr!

Seite -4-

Zum Urteil des Bundes-
verfassungsgerichts zu
Hartz IV

Seite -8-

Linkes Blatt DIE LINKE.

03. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

16. Februar 2010

DIE LINKE - Zwischen Personen und Positionen

2. Tagung des 3. Stadtparteitages für den 3. März einberufen

Am 10.02.2010 hat der Stadtvorstand für Mittwoch, den 03.03.2010 um 17:00 Uhr die 2. Tagung des Stadtparteitages einberufen. Tagungsort ist der Saal im „Künstlerhaus 188“ im Böllberger Weg. Die kurzfristige Einberufung ergab sich aus der Notwendigkeit, die halleischen Vertreter im Landesausschuss zu wählen, deren Amtszeit nach der Satzung des Landesverbandes am 31.12.2009 abgelaufen ist. Der Landesausschuss ist ein Organ des Landesverbandes mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand. Er berät und beschließt auf Antrag des Landesvorstandes oder des Stadtparteitages über Angelegenheiten von grundsätzlicher politischer Bedeutung sowie über den jährlichen Finanzplan des Landesverbandes. Der Stadtverband Halle kann 2 Mitglieder in den Landesausschuss entsenden, bisher haben uns dort Marion Krischok und Frank Baier vertreten. Als Ersatzmitglieder standen bislang Elisabeth Nagel und Uwe Larsen-Röver zur Verfügung. Frank Baier wurde vom Landesausschuss zu dessen Sprecher gewählt. Der Stadtvorstand sah vor allem im Hinblick auf die inhaltliche und personelle Vorbereitung der Landtagswahlen 2011 die Notwendigkeit, die dem Stadtverband zustehenden Plätze im Landesausschuss noch vor dessen Konstituierung zu besetzen, die Ende März 2010 erfolgen soll. Aus diesem Grund bittet der Stadtvorstand um Verständnis für die Kurzfristigkeit der Einberufung.

Aber auch die Situation in unserer Partei veranlasste den Vorstand, die anstehenden Fragen der Bundespartei im Rahmen eines Stadtparteitages zu diskutieren. Aus vielen Basisgruppen wurde Gesprächsbedarf zu dem Bild angemeldet, dass unsere Partei im Moment in der Öffentlichkeit bietet. Das Angebot des geschäftsführenden Bundesvorstandes, die Bewerberinnen und Bewerber für die Spitzenämter der Partei in den Kreisverbänden vorzustellen, nahm der Stadtvorstand an. Als Gast wird Caren Lay erwartet, die, gemeinsam mit Werner Dreibus, für das Amt der/des Bundesgeschäftsführers/-in kandidiert. Sie wird den Personalvorschlag des Vorstandes vorstellen, sich den Fragen der Basis stellen und mit Sicherheit die Anregungen aus unserem Stadtverband in die Bundesgremien unserer Partei mitnehmen.

Da es sich um eine Fortsetzung des Stadtparteitages vom 10.10.2009 handelt, ist keine Neuwahl der Delegierten erforderlich. Wenn den gewählten Delegierten eine Teilnahme nicht möglich ist, sind sie gebeten, die Ersatzdelegierten zu informieren. Zur Diskussion über die Zukunft unserer Partei sind alle Mitglieder des Stadtverbandes herzlich eingeladen. Für die Veranstaltung sind ca. 3 Stunden eingeplant.

Swen Knöchel

2. Tagung des Stadtparteitages

Mittwoch, 03. März 2010 ab 17:00 Uhr, im „Künstlerhaus 188“ (Böllberger Weg)

Vorschlag Tagesordnung:

1. Wahl der Vertreter im Landesausschuss
2. Aussprache zur aktuellen Situation unserer Partei

2010 ist das Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – Politikwechsel statt Sensibilisierungskampagne nötig



Harry Czeke, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt

Seit 25 Jahren ruft die Europäische Kommission ein Europäisches Jahr aus, das bestimmte politische Themen in die Öffentlichkeit rücken soll. 2007 war es beispielsweise das Jahr für Chancengleichheit, im vergangenen Jahr ging es um Kreativität und Innovation. 2010 steht nun die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Fokus. Diese Auswahl ist gut, weil Armut und soziale Ausgrenzung in einer der reichsten Region der Welt tagtägliche Realität sind. Armut heißt nach Definition der EU, dass das Einkommen mindestens 60 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen des jeweiligen Mitgliedsstaates liegt. 80 Millionen Menschen leben in der EU in Armut, das sind 17 Prozent der Bevölkerung. Betroffen sind vor allem Kinder, Frauen, MigrantInnen und alte Menschen. Nach offiziellen Angaben der EU-Kommission sind auch 20 Millionen Beschäftigte in der EU arm - trotz Arbeit. Auch hiervon sind besonders Frauen betroffen, da sie in marginaler Teilzeit oder befristet in Minijobs sind. Vielen Kindern fehlt es an

einem gesundem Wohn- und Lebensumfeld, fehlt das Geld für kulturelle Freizeitangebote weil sie in Haushalten leben, wo niemand Arbeit hat.

Innerhalb der 27 EU-Mitgliedstaaten unterscheiden sich die sozialen Ungleichheiten, aber der Trend ist der gleiche. Die Zahl der Armen ist seit 2001 EU-weit gestiegen und sie wird weiter steigen. Die Schere zwischen Reichen und Armen öffnet sich immer dramatischer.

Armut und soziale Ausgrenzung sind besonders gravierende Formen von sozialer Ungleichheit.

Da Sozialpolitik offiziell Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist, hat sich die Europäische Kommission für eine „Offene Methode der Koordinierung“ entschieden. Das heißt, die Mitgliedstaaten sollen im Wettbewerb untereinander Maßnahmen und Ergebnisse vergleichen. Die Lissabon-Strategie von 2000 ist Ergebnis dieser Methode. Bis 2010 sollte die EU danach zur „dynamischsten wissensbasierten Region der Welt“ werden. Die Armut sollte halbiert werden, Arbeit sollte qualitativ und quantitativ vermehrt werden. Dieses Ziel wurde fundamental verfehlt, weil es die falsche Medizin ist, Sozialsysteme zu „modernisieren“, also zu privatisieren und den Arbeitsmarkt zu „flexibilisieren“. Doch statt diese Medizin zu ändern, wird sie weiter, nur in höheren Dosen verabreicht. Die Umsetzung der Lissabon-Strategie heißt in der Bundesrepublik Deutschland Agenda 2010. Zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung in der EU, in der

BRD, in Sachsen-Anhalt bedarfes anderer Ansätze.

Die EU muss zu einer Europäischen Sozialunion werden mit einem sozialen Stabilitätspakt gegen Sozialdumping, der die Mitgliedstaaten zu verbindlichen Sozialausgaben verpflichtet, um Armut zu bekämpfen. Die Mitgliedstaaten sollen soziale Grundsicherung und Mindestlöhne gewährleisten, anstatt Leistungen abzubauen. Die auf internationale Wettbewerbsfähigkeit fixierte Lissabon-Strategie muss aufgegeben werden. Stattdessen braucht Europa eine integrierte Strategie für Nachhaltigkeit und Solidarität. Unternehmensgewinne, Zins- und Kapitalerträge müssen EU-weit harmonisiert werden, um den Steuerwettbewerb einzuschränken.

Weiterhin fordert DIE LINKE europaweite Mindestlöhne, die mindestens 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen sollten.

Besonders Kinderarmut hat seit Hartz IV eine neue Dimension. In Sachsen-Anhalt lebt jedes vierte Kind in einem Hartz-IV-Haushalt. In Magdeburg und Halle betrifft das mehr als 16.000 Kinder – Tendenz steigend. Was das individuell bedeutet, kann man täglich in den Zeitungen und in Studien lesen, wird jedoch von Politikern wie Roland Koch und Thilo Sarrazin bewusst verharmlost und verhöhnt. Selbst im Landtag, wo DIE LINKE am 21. Januar 2010 eine Aktuelle Debatte zum Europäischen Jahr gegen Armut initiiert hat, wollten die Fraktionen von CDU und FDP keinen Zusammenhang zwischen

Hartz IV und Armut sehen. Die Probleme Armut und soziale Ausgrenzung schienen nicht einmal eine Debatte wert zu sein. Da ist die EU-Kommission mit ihrem Kampagnen-Jahr schon weiter und anerkennt wenigstens die Existenz von Armut. Aber es braucht eben einen Politikwechsel und keine EU-Kampagne als Feigenblatt. Zur Umsetzung des Europäischen Jahres zur Armutsbekämpfung gibt die EU 17 Millionen Euro für Maßnahmen in 27 Mitgliedsstaaten.

Bei dieser geringen Summe fragt sich jedoch die Ernsthaftigkeit und der politische Wille. Zum Vergleich: im EU-Haushalt 2010 sind für die Abwehr von Flüchtlingen mittels Grenzschutz-agentur „Frontex“ 80 Millionen Euro eingestellt.

Das umstrittene Satellitennavigationsprojekt „Galileo“ bekommt 1 Milliarde Euro und die Mittel für die Rüstungsagentur und Militäreinsätze in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurden verdoppelt auf 280 Millionen Euro. Dies ist auch Tenor des schwarz-gelben Koalitionsvertrags. Weniger in den EU-Haushalt einzahlen, nur noch Struktur-fonds-Förderung für die am wenigsten entwickelten Gebiete und Konzentration der EU-Mittel auf die Ausgabebereiche „EU-Außenpolitik“ und Weltraum-Forschung. Soviel zum Thema Solidarität in der EU und Bekämpfung der Armut.

Armut und soziale Ausgrenzung sind eine Verletzung der menschlichen Würde und nicht akzeptabel. Armut und soziale Ausgrenzung sind weder naturgegeben noch unabänderlich. Sie sind systembedingt und haben Ursachen.

Harry Czeke

Ypsilanti: BRD ist eine „schläfrige Demokratie“



(sw) Andrea Ypsilanti (SPD) hat auf der Veranstaltung am 3.02.2010 „Frauen ganz links“ in Halle (Saale) gesagt, dass die BRD derzeit eine „schläfrige Demokratie“ sei und dass die Bürger dagegen eine Wider-

standskraft entwickeln sollten. Die Bundestagsfraktion Die Linke hatte neben Ypsilanti auch Sahra Wagenknecht, Mitglied des Bundestags der Fraktion Die Linke, eingeladen, um über den Zustand der Wiedervereinigung nach 20 Jahren zu diskutieren. Auf der 90-minütigen Veranstaltung wurde unter anderem über das Hartz-IV-System diskutiert, welches Wagenknecht zufolge ein „barbarisches Repressionssystem“ sei, welches abgeschafft gehöre und an dessen Stelle eine menschenwürdige und gerechte Grund-

sicherung treten sollte. Ypsilanti forderte deshalb auch einen „öffentlich geförderten Arbeitsmarkt“, der den Problemen wie Massenarbeitslosigkeit und Verarmung der Menschen



entgegenwirken könnte. Deshalb sei die SPDlerin auch Mitbegründerin im Institut „Solidarische Moderne“ geworden, weil dort das Ziel bestehe, ein „alternatives Politikmodell“ zu entwickeln, welches dringend notwendig sei. Auch die Politikerin der Linken ist für ein neues Politik- und Gesellschaftsmodell, doch wolle sie nicht, wie ihr meist unterstellt würde, den Sozialismus der DDR wiederbeleben, sondern eine „neue Gesellschaft schaffen“, die den Kapitalismus überwunden hätte und nicht etwas Altes mit seinen Fehlern wieder aufleben lasse. Die Veranstaltungsreihe „Ost-Termin“ laufe, laut dem Moderator Roland Claus (Die Linke), seit jetzt „über vier Jahren“ und es mache immer wieder Spaß und er sehe die Veranstaltung als eine „Werkstatt für eine bessere Vereinigung“ von Ost und West an.

Die nächste Veranstaltung findet in Bautzen statt.

Alle zukünftigen Informationen unter www.linksfraktion.de.

SDS. Die Linke - Links-Alternative Hochschulgruppe MLU
sds.mlu@googlemail.com sdsmlu.blogspot.com

10. Februar 2010 Christine Buchholz

Nein zum Krieg! Kein Soldat mehr!

Zur Regierungserklärung zu Afghanistan erklärt Christine Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes der Partei DIE LINKE:

Die Bundesregierung spricht von einer „neuen Strategie“ in Afghanistan.

Aber sie verkauft alten Wein in neuen Schläuchen und hält an ihrer bisherigen Strategie fest:

Die Regierung unterstützt das unbeliebte und korrupte Regime Karsai, ordnet die humanitäre Hilfe der militärischen Logik unter, baut die afghanische Polizei und Armee als Bürgerkriegsmilizen auf und setzt auf militärische Aufstandsbekämpfung.

Das Neue ist lediglich, dass es mehr von Allem gibt und die Regierung nun offiziell eingesteht, dass wir uns im Krieg befinden. Damit erweitert sie den rechtlichen Spielraum der Soldaten in Afghanistan. Mehr tote Afghanen und mehr tote deutsche Soldaten werden die Folge sein. Die Verdopplung der Entwicklungshilfe ist ein Feigenblatt der Regierung, um der Bevölkerung die Entsendung von mehr Kampftruppen schmackhaft zu machen.

Medico International kritisiert zu Recht, die Regierung instrumentalisieren die Hilfsorganisationen für den Militäreinsatz. Eine wirksame zivile Aufbauhilfe setzt einen sofortigen Abzug der Bundeswehr voraus. DIE LINKE lehnt die Afghanistan-Strategie der Bundesregierung ab und ruft zu den Aktionen der Friedensbewegung „Kein Soldat mehr“ am 20. Februar auf.

Wir bleiben dabei:

Die

Die

Bundeswehr muss noch in diesem Jahr bedingungslos und vollständig abziehen.



Christine Buchholz und Jan van Aken im Gespräch mit der Kriegsgegnerin und Frauenrechtlerin Malalai Joya

Foto: Steffen Twardowski

Die Bundeswehr abziehen!

Bundesweiter Protest gegen den Krieg in Afghanistan: Berlin, 20. Februar, 13 Uhr, Bebelplatz

KEIN SOLDAT MEHR.

DEM FRIEDEN EINE CHANCE
TREFFEN SICH ALLE AFGHANISTAN
Bundesweiter Protest | 20. Februar | 13 Uhr | Berlin | Bebelplatz



Schneechaos in Halle

Dass der Winter stets überraschend kommt und heftiger Schneefall eine Naturkatastrophe ist, wissen wir älteren und jüngeren EinwohnerInnen Halles natürlich schon längst und wundern/ärgern uns nicht, wenn nach einer durchschneiten Nacht auf Straßen und Plätzen kein Durchkommen mehr ist. Auch die Ausgang des Herbstes üblichen Beteuerungen des Winterdienstes, auf alle Unbilden der kommenden Jahreszeit bestens gerüstet zu sein, sind wir gewohnt, als vorgezogenen Faschingsulk zu verstehen. So war es auch in diesem Jahr.

Jedoch als nach einer Woche, nach zwei, drei... die Schneegebirge an den Straßenrändern nur dort überwindbar waren, wo mutige und starke Männer sie durchgestampft hatten und vorübergehendes Tauwetter die glitschigen Lücken erweiterte, da wurden wir ganz allmählich resignativ, wutschnauend, auf alle Fälle aber sauer. Da sieht man alte Leutchen vorsichtig tastend auf eisglatten Übergängen zwischen geräumten Anliegerwegen balancieren. Es lacht nicht einmal jemand! Für die Übergänge, so heißt es, wo weder geräumt noch gestreut wird, sei die Stadt zuständig. Dies alles geschieht in sog. Nebenstraßen: z.B. zwischen dem Samuel-Scheidt-Weg und dem Kaufland Supermarkt in Halle-Neustadt, oder an vier Ausweichhalttestellen des Zentralen Busbahnhofs in der Buddestraße. (Soll etwa verhindert werden, dass Leute fluchtartig den unwirtlichen Ort verlassen?) Laut Auskunft beim Bürgerbüro ist die Havag dafür nicht zuständig.

Aber wer dann?

Vielleicht das Ordnungsamt?

Das Bürgerbüro will aber wissen, wo genau die unversorgten Stellen sind. Überall, liebes Bürgerbüro, überall! Sogar auf dem Markt sah ich am 13.1.10 rings um die Straßenbahnhaltestellen hüfthohe Schneehaufen und dazwischen kohlrabenschwarzen Schlamm, letzterer wenigstens nicht glitschig. Nun gut, da geht es ja letztlich nur um die minderwertigen Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel, aber auch Autofahrer regen sich schon auf, z.B. solche, die aus dem besserberäumten Saalkreis nach Halle zur Arbeit fahren. An den Einfall- und

Zufahrtstraßen unserer Kulturhauptstadt, beklagen sie ein einziges Schneechaos. Und die Ursache? Auch darüber macht sich schon das „Volk-der große Lümme!“ (Heine) Gedanken. Soll doch Halles Stadtverwaltung mit Zustimmung des Stadtrats Räumfahrzeuge an irgendwen verkauft haben. An wen? Wann? Warum? Und der lacht sich nun eins, spart Geld und tut nichts bis es ernsthaft taut? Und gibt es dann die nächste, die völlig unerwartete Überschwemmungskatastrophe?

Marlene Neuber

Der Arbeitskreis Gedenktage/ Gedenkstätten traf sich am 1. Februar in der Geschäftsstelle in der Blumenstraße, um sich über die Aufgaben im Jahr 2010 zu verständigen.

Zumeist sind es feststehende Termine, die traditionell von einzelnen Verbänden, Initiativen und Gruppen ausgestaltet werden.

Die angegebenen Termine sind eine Richtschnur, die zum betreffenden Zeitpunkt nochmals präzise im Linken Blatt oder über andere Informationsstrecken veröffentlicht werden.

13. März - 11.00 Uhr Gedenken an den Blutfreitag 1925 im Volkspark an der Gedentafel in der Burgstraße/Ecke Riveufer 21,
März - 11.00 Uhr Gedenken an die Märzgefallenen von 1920 und 1921 auf dem Friedhof Ammendorf 29,

April - 14.30 Uhr Gedächtnismarsch zum Gedenkstein auf der Bischofwiese in der Dölauer Heide zur Erinnerung an die erste 1. Mai-Feier 1890, welche noch im Verborgenen abgehalten werden mußte,

08. Mai Feierstunden zum Tag der Befreiung 10.00 Uhr auf dem Gertraudfriedhof und 11.30 Uhr auf dem Südfriedhof,
um den 18. August Feierstunde am Ernst-Thälmann-Denkmal in Erinnerung an seine Ermordung im KZ-Buchenwald,

07. Oktober - 18.00 Uhr Geselliges Beisammensein des Arbeitskreises, Ort wird noch bekannt gegeben,

vermutlich am 9. Januar 2011 Fahrt nach Berlin zum Luxemburg-Liebknecht-Gedenken
11. Februar 2011 Gedenken an Karl Meseberg auf dem Südfriedhof,

Marianne Böttcher (Sprecherin),
Hans-Joachim Gunkel (Sprecher)

„Manches Herrliche der Welt...“

Mit Entsetzen las ich neulich wieder einmal, dass Deutschland beim Rüstungsexport hinter den USA und Russland den 3. Platz einnimmt. Vielleicht würde mich das nicht so sehr entsetzen, wenn ich nicht Deutscher wäre, aber ich bin es nun mal und lebe in dem Bewusstsein, dass von deutschem Boden und seiner Rüstungsindustrie einst der mörderischste Krieg der Weltgeschichte ausgegangen ist. Ich habe die Nachkriegsgeschichte als Kind miterlebt; sie war kompliziert und schwer genug, für direkt Betroffene noch viel komplizierter und schwerer. Ein Deutscher müsste also wissen, was sich nach einem solchen Krieg gehört. Sein humanistisches oder christliches Gewissen müsste in seinem Kopf Sturm klingeln, wenn es auch nur geringste Anzeichen einer kriegerischen Militarisierung der oben erwähnten Art (Rüstungsexport!) gibt. Aber es hat offensichtlich nicht geklingelt und es klingelt nicht. „Manches Herrliche der Welt ist in Krieg und Streit zerronnen...“ hat seinerzeit J. W. Goethe völlig richtig erkannt. Aber was gilt Goethe schon, wenn mit zerstörerischen und todbringenden Waffen so enorm viel Geld verdient werden kann. Da sind plötzlich humanistische und christliche Werte außer Kraft gesetzt. Und selbst bei Strafe seines Untergangs verzichtet das Kapital nicht auf die hohe Profitaussicht, wie K. Marx in seiner berühmten Fußnote im „Kapital“ anmerkt.

Was bleibt uns Sozialisten – huma-

nistisch wie wir nun einmal eingestellt sind – anderes übrig als zu fragen: Wie kann man den Kapitalisten, in Sonderheit den Rüstungskapitalisten, helfen, aus diesem Dilemma herauszukommen? Da sich die LINKE recht bald in der Programmdiskussion befinden wird, will ich erstens durch diese – scheinbar kuriose Frage – an dieses Problem erinnern und zweitens eine kurze Antwort auf sie versuchen.

Es muss den Rüstungskapitalisten die Möglichkeit gegeben werden, sich in gewissen Fristen von der Rüstungswirtschaft, die ja letztlich eine Kriegswirtschaft ist, da Kriegsmittel hergestellt und verkauft werden, zu entfernen und sich auf eine lukrative Friedenswirtschaft umzustellen.

Wie das im Einzelnen geschehen kann, vermag ich nicht zu sagen, da ich kein Versifikationsfachmann bin. (Ich glaube, so nennt man die Fachleute, die sich mit derartigen Problemen befassen.) Möglich gemacht werden muss auf alle Fälle eine Umkehr – wie auch immer –, wenn wir dafür Sorge tragen wollen, sowohl regionale kriegerische Konflikte als auch einen neuen Weltbrand ein für allemal zu verhindern und damit wir mit Goethe schließlich in Fortsetzung dessen, was ich oben schon zitiert habe, sagen können: „...wer beschützt und erhält, hat das große Los gewonnen.“

Lasst uns nach dem großen Los suchen, Genossen!

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Einladung

Kostenfreie Stadtführungen
anlässlich des Welttages der
Gästeführer
am Samstag,
dem 20.02.2010,
Treffpunkt 11.00 Uhr an der
Touristinformation/
Marktschlösschen.

Einladung

24. Februar 2010
16 Uhr

Diskussion zu aktuellen
politischen Problemen mit
Henriette Quade,
im Kartoffelhaus
Philipp-Müller-Str. 44
BO Riebeckpl./Hofjäger

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 650 Exemplare
Spendenbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
11.02.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 25.02.2010

Buchtipps:

Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer

Verrat ist ein zentrales Moment aller chiliastischen Bewegungen. Siebenötigen Verrat und mehr noch die Figur des Verräters sowohl zur Stabilisierung ihrer Abgrenzungen gegenüber einer veränderungsunwilligen Mehrheitsgesellschaft als auch zur Disziplinierung der eigenen Gefolgschaft. Dort, wo sich, wie in der Sowjetunion der zwanziger bis fünfziger Jahre und in den Ostblockstaaten der vierziger und fünfziger Jahre, „Verräter“ nicht in hinreichender Zahl von selbst einstellen, werden sie produziert. Hierbei ist der Stalinismus keineswegs eine Ausnahme, sondern bietet lediglich – nicht zuletzt zum Studium – die vollendetste und konsequenteste Verlaufsform. Bei ihm waren die Funktionen des „Verrates“ – zumindest im Rückblick – aller heiligen Schleier entkleidet. *Simone Barck, Ulla Plener (Hrsg.) „Verrat - Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer“, dtz-Verlag, 384 Seiten, Hardcover, ISBN 978-3-320-02192-4, Preis: 39,90 EURO.*

Ärztin im Knast

Die Ärztin Brigitte Regina Strehl arbeitete 16 Jahre lang in der Justizvollzugsanstalt Tegel. Sie weiß aus eigener Anschauung, was es für die Gefangenen bedeutet, ein Dasein auf engstem Raum, nach strengen Regeln und in Unfreiheit zu führen. In ihrem Buch „Die Welt hinter Gittern“ schildert sie eindringlich das „System Knast“. Sie beschreibt die Ängste und Aggressionen von Mördern und Gewaltverbrechern, aber auch die Nöte und Gewis-

senskonflikte der Vollzugsbeamten. Gefängnisse seien wie „Dampfkochtöpfe“, schreibt sie, „unter dem Deckel leben und arbeiten zwei Kategorien von Menschen nebeneinander. Die einen haben Schlüssel, die anderen nicht.“ Sie glaubt nicht, dass längere Haftstrafen zur Resozialisierung beitragen. Das sei nur in Einzelfällen möglich. Es fehlen die materiellen Voraussetzungen in den JVA's und die Bereitschaft der Gefangenen, sich mit ihrer Schuld auseinander zu setzen. Heute behandelt Brigitte Regina Strehl in ihrer psychotherapeutischen Praxis auch Missbrauchsoffer, die darunter leiden, dass die Täter nicht bestraft worden sind. „Für sie wäre es eine Art von Genugtuung, wenn die Täter zur Rechenschaft gezogen würden.“ Mit prägnanten, nachdrücklichen Worten holt Regina Strehl eine Welt ins öffentliche Bewusstsein, die ein Schattendasein hinter Sicherheitsmauern fristet und die allenfalls Aufmerksamkeit erlangt, wenn Medien über Skandale berichten und dabei außer Acht lassen, dass hier Menschen leben, die Ansprache und Hilfe brauchen.

Brigitte Regina Strehl: „Die Welt hinter Gittern. Meine Jahre als Knastärztin“, Herbig, 1. Auflage: 2009, 256 Seiten, ISBN: 978-3-7766-2611-7, Preis: 19,95 EURO. (wdr/Verlag)

Ernst Luther: Albert Schweitzer Ethik und Politik

Seit fast 100 Jahren steht der Name Albert Schweitzers für aktives humanitäres Engagement. Dank seiner Philosophie der „Ehrfurcht vor dem Leben“, die er ge-

meinsam mit seiner Frau Helene Bresslau im Urwaldhospital in Lambarene verwirklichte, gehört er zu den am meisten bewunderten Menschen der Welt.

Mit dreißig Jahren ein geachteter Theologe und gefeierter Interpret der Orgelwerke Johann Sebastian Bachs entschloss er sich, noch ein Medizinstudium zu absolvieren, um den Ärmsten der Armen zu helfen. Ernst Luther nähert sich diesem Humanisten mit philosophisch-kritischen Betrachtungen, ordnet dessen Leben und Werk in die Umbrüche seiner Zeit ein und resümiert, was von Schweitzers Gedankengut bewahrt werden sollte. Der Autor: Ernst Luther, Jg. 1932, Studium der Pädagogik, Geschichte/Germanistik, extern Philosophie, Gasthörer Medizin an der Universität Halle; Promotion Dr. phil. 1961 zur medizinischen Anthropologie Viktor von Weizsäckers an der Universität Greifswald; Dr. sc. phil. 1970 Universität Halle mit einer Arbeit über Ethik in der Medizin.

Herausgeber und Mitautor zahlreicher Arbeiten zur Ethik in der Medizin. Mitglied im Albert-Schweitzer-Komitee e. V. Weimar, im Deutschen Hilfsverein für das Albert-Schweitzer-Spital Lambarene, Frankfurt a. M., in der Internationalen Albert-Schweitzer-Vereinigung. Von 2000 bis 2002 Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Recht und Ethik in der Medizin. *Ernst Luther: „Albert Schweitzer Ethik und Politik“, Karl Dietz Verlag Berlin 2010; 279 Seiten (Brosch.) ISBN 978-3-320-02215-0, Preis: 19,90 Euro.*